



Eine Million, die niemand will!?

Wie wir als Gesamtbetriebsrat aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, gibt es seitens des DGB Bundesvorstandes keine Vorgabe, 1 Million Euro einzusparen.

Damit bestätigt sich die - von uns schon seit Monaten immer wieder vertretene - Auffassung, dass die Spardiskussion der Geschäftsführung des Bildungswerkes nicht im Einklang steht mit den Vorgaben und der Finanzplanung des DGB.

Der DGB Vorsitzende Michael Sommer hat diese Einschätzung ausdrücklich bekräftigt. An der Finanzierung des DGB Bildungswerks durch den DGB werde sich über die geplanten Kürzungen hinaus mindestens bis zum Jahr 2014 nichts ändern.

Wozu aber sparen wir dann? Wer will die 1 Mio. haben? Wozu wird sie gebraucht? Warum gefährden wir den Geschäftsbereich BRQ und setzen zum Jahresende mit der Schließung der Tagungszentren mindestens 50 Mitarbeiter auf die Straße?

Jedenfalls nicht, um im künftigen Haushalt des DGB Bildungswerks rote Zahlen zu vermeiden. Das bestätigt ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Korthäuer und Partner“. Diesem Gutachten zufolge würde nach der Schließung der Tagungszentren Starnberg und Sasel der Jahresüberschuss des Bildungswerks im Jahr 2012 auf über eine Mio. Euro steigen. Durchschnittlich wird von den Wirtschaftsprüfern im Zeitraum 2012 bis 2014 ein jährliches Plus von 900 TE erwartet.

Der gemeinnützige Verein DGB Bildungswerk e.V. würde also künftig, nach Schließung der beiden Tagungszentren, nachhaltig Überschüsse in Millionenhöhe erwirtschaften, die dann dem DGB zu gute kommen würden. Das ist der Plan. Merkwürdig bleibt aber die Tatsache, dass der DGB diese Überschüsse weder will, noch sie in seine Finanzplanung aufgenommen hat.

Das Ziel gewerkschaftlicher Bildung ist aber nicht die Erwirtschaftung von Renditen, sondern die Vermittlung von Wissen und Handlungskompetenz.

Mehr denn je fühlen wir uns als Betriebsräte in unserer Auffassung bestärkt, dass die Summe von 1 Mio. Euro hausgemacht und willkürlich ist. Die Aussagen unseres Geschäftsführers auf der Bildungswerkskonferenz, dass der DGB die Haushaltsmittel kürzen wird und dass es dem DGB schlecht geht, sind nicht nachvollziehbar und werden von dort auch nicht bestätigt. Statt einer plausiblen Erklärung hören wir von Seiten der GF weiterhin die Aussage: Das ist ein Beschluss des Vorstands und die GF muss ihn umsetzen – basta!!!

Ein Rücktritt, den niemand erklärt!

Am 29.03.2011 wurde die GBR-Vorsitzende von der Vorsitzenden des Vorstands des Bildungswerks Ingrid Sehrbrock darüber unterrichtet, dass sie den Vorsitz des Bildungswerks abgeben werde und von dieser Funktion zurücktrete. Als Grund nannte Ingrid Sehrbrock die in der Mitgliederversammlung am 28.03.2011 in Berlin beschlossenen Satzungsänderungen.

Was der Inhalt dieser Beschlüsse ist und was an der Satzung geändert wurde, wurde uns - auch auf Nachfragen bei der Geschäftsführung des BW und bei Michael Sommer – bisher nicht beantwortet. Die Satzungsänderungen hätten keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Verhandlungen. Der Vorstand besteht im Moment aus Dietmar Hexel und Annelie Buntentbach, wäre damit auch ohne die Vorsitzende arbeitsfähig.

Unser Verhandlungspartner in Fragen Interessenausgleich und Sozialplan ist und bleibt die Geschäftsführung, also Dieter Eich - daran hat sich nichts geändert.

Ein Scheitern von Verhandlungen, in denen nicht verhandelt wurde!

Nachdem zunächst die laufenden Verhandlungen zum Interessenausgleich am 28.03. wegen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des DGB Bildungswerks nach Berlin verlegt wurden, hat die Arbeitgeberseite mit Schreiben vom 22.03. den GBR aufgefordert bis zum 23.03.2011 die Zustimmung zur Bestellung einer Einigungsstelle zu erklären. Da in den bisherigen Verhandlungsterminen nicht verhandelt wurde, haben wir den Vorschlag der GF abgelehnt. Daraufhin ist am 25.03. vom Arbeitgeber beim Arbeitsgericht Hamburg ein Antrag zur Errichtung einer Einigungsstelle gestellt worden, die ausschließlich die Schließung des Tagungszentrums Hamburg Sasel zum Inhalt hat. Erstinstanzlich wurde dem Antrag am 05.04. stattgegeben. Die LAG Entscheidung steht noch aus.

Der Gesamtbetriebsrat hat ein Bestellungsverfahren zur Einsetzung einer Einigungsstelle beim Arbeitsgericht Düsseldorf eingeleitet. Die betriebsändernde Maßnahme besteht in dem Beschluss der Arbeitgeberseite unternehmensübergreifend 1 Mio. Euro einsparen zu wollen. Die Schließung der beiden Tagungszentren sind ein Teil der insgesamt geplanten Maßnahmen (Titel des Vorstandsbeschlusses vom 31.05.2010 war: Restrukturierung des DGB Bildungswerks). Deshalb muss erst einmal geklärt werden, worum es in den Verhandlungen eigentlich geht und was das Ziel eines Interessenausgleichs sein soll.

In Starnberg fanden am 29.03. und 30.03. erste Verhandlungen zum Interessenausgleich statt. Vom Betriebsrat des Tagungszentrums wurde die Einsetzung eines Sachverständigen verlangt, um Alternativvorschläge zur Schließung erarbeiten zu können. Die Arbeitgeberseite lehnte einen Sachverständigen ab, mit dem Hinweis auf die Verhandlungen mit dem GBR. Sie erklärte die Interessenausgleichsverhandlungen für gescheitert und hat den Betriebsrat am 05.04. aufgefordert, der Einrichtung einer Einigungsstelle zuzustimmen. Begründung der Arbeitgeberseite für das Erklären des Scheiterns: Der Betriebsrat in Niederpöcking wolle ja gar nicht über die Schließung verhandeln, sondern über den Erhalt der Arbeitsplätze! Von ergebnisoffenen Verhandlungen ist auch hier keine Rede, nur von der Zeitnot, in der sich der Arbeitgeber befinde, weil er ja im Mai die ersten Kündigungen aussprechen müsse.

Von einer Verhandlungslösung sind wir sowohl in der Frage der Verlegung des Geschäftsbereichs BRQ als bei der Schließung von Tagungszentren in allen strittigen Fragen meilenweit entfernt.

Wie geht es mit den Verhandlungen weiter?

Vorläufig überhaupt nicht. Zunächst müssen jede Menge formaler Fragen zur weiteren Gestaltung der Verhandlungen geklärt werden. Danach geht es dann in einer (oder mehreren?) Einigungsstellen weiter.

Wir werden von unseren Forderungen zum Erhalt der Tagungszentren und zum Kündigungsschutz bis 2014 auch für die Beschäftigten des DGB Bildungswerks nicht abrücken. Das gilt sowohl für die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung als auch für den Vorstand des Bildungswerks und den DGB Bundesvorstand. Wir werden euch auch über die weitere Arbeit des GBR informieren.

Der Gesamtbetriebsrat des DGB Bildungswerk e.V.